

1.1.1961



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0888890

Z/XVI/8 - 10. Januar 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Preispolitik und Wahlpolitik</u> Von Dr. Heinrich Deist, MdB	67
3	<u>Kurz, scharf, aber fair</u> Die deutsche Sozialdemokratie zum bevorstehenden Wahlkampf	40
4 - 5	<u>Stolze Erfolgsbilanz</u> Unaufhaltsamer Vormarsch der skandinavischen Sozialdemokratie Von einem gelegentlichen Mitarbeiter	88
6 - 7	<u>"Sittliche Vorfehlungen"</u> Eötung von 56 Kindern "objektiv gegeben" Neue Untersuchung nach elf Jahren	56
7	<u>Lenkt Schröder ein?</u> Druck der öffentlichen Meinung	13

* * *

Preispolitik und Wahlpolitik

Von Dr. Heinrich Deist, MdB

Der Bundeswirtschaftsminister hat die Behauptung, es bestehe ein stilles Einverständnis zwischen der Bundesregierung und der Grossindustrie, Preiserhöhungen erst nach den Bundestagswahlen vorzunehmen, als "schlecht gewählte Verleumdung" bezeichnet.

Ein bezeichnender Artikel

Demgegenüber sei auf folgende Tatsachen hingewiesen. Am 5. August 1960 berichtete die "Frankfurter Allgemeine Zeitung", dass eine Beratung des Bundeskanzlers mit Erhard, Etzel, Blessing, Pferdenges und Abs über die Preissituation stattgefunden habe. Der Artikel trägt die Titelunterschrift "Mit dem Blick auf die Wahlen". Die FAZ bemerkt hierzu,

"in Bonn vermutet man, dass diese Erwartung (von Preissteigerungen) den Bundeskanzler veranlasst habe, selbst einzugreifen. Dabei dürfte die Überlegung eine Rolle gespielt haben, dass im Jahr vor den Wahlen eine Steigerung der Preise ausserordentlich nachteilige Folgen haben müsste".

Darauf begann eine fiebrige Tätigkeit. Am 10. September 1960 berichtete die Presse über eine interne Sitzung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, in der eindringlich vor Preissteigerungen in breiterem Umfang gewarnt wurde.

Im September 1960 fanden in den einzelnen Branchen der Industrie Gespräche statt, um eine Stabilisierung der Preise in der Industrie sicherzustellen. Am gleichen Tage erklärte sich der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie - gewissermassen als Ergebnis der Vorgesprechungen - öffentlich bereit, einen Aufruf an die Industrie zur Preisdisziplin herauszugeben.

Bundeskartellamt wird munter

Diese Geschäftigkeit vor den Wahlen kam selbst dem Bundeskartellamt verdächtig vor. Hier hatten sich Bundeswirtschaftsminister und Industrie im Hinblick auf die Wahlen zu ungewöhnlichen Massnahmen verleiten lassen, die vom Bundeskartellamt nicht zu Unrecht als kartellarartige Absprachen betrachtet werden.

Darauf erregte sich der Präsident des Bundesverbandes der Industrie Herr Berg am 16. Dezember 1960 vor der südwestfälischen Industrie- und Handelskammer über die Aktivität des Bundeskartellamtes mit der Feststellung, diese Aktion der Industrie erfolge in vollem Einverständnis mit dem Herrn Bundeswirtschaftsminister!

Einverständnis ...

Es versteht sich am Rande, dass nach der offenherzigen Meldung der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" von dem wahlpolitischen Zweck dieser Aktivität nicht mehr öffentlich gesprochen wurde. Unter den Beteiligten besteht darüber jedoch kein Zweifel. Hier wurde in

ensigen Besprechungen ein Einvernehmen erzielt, dass vor den Wahlen keine grösseren Preiserhöhungen mehr stattfinden sollten. Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums haben auch dort, wo sie sich unter sich glaubten, darüber geklagt, dass sich diese oder jene Gruppe nicht an die Absprache halte.

Der Herr Bundeswirtschaftsminister hat geglaubt, sein Dementi mit der Behauptung unterstreichen zu können, er habe wiederholt bewiesen, dass er der letzte wäre, der sich zu solchen Vereinbarungen bereitfinden würde. Dabei sind dem Herrn Bundeswirtschaftsminister offenbar zwei öffentlich bekanntgewordene Vorgänge vor der Bundestagswahl 1957 entgangen.

Präzedenzfall Ziegelindustrie

Der Verband der Deutschen Ziegelindustrie hat Anfang April 1957, also etwa ein halbes Jahr vor den Bundestagswahlen, seine Landesverbände über Besprechungen im Bundeswirtschaftsministerium unterrichtet, in denen der Bundeswirtschaftsminister mit Hinblick auf die Wahlen Preisdisziplin verlangte. Nach diesem Rundschreiben hat der Herr Bundeswirtschaftsminister ausgeführt, man solle in diesen Preisgesprächen keine Drohung sehen, sondern es sei die Sorge um den Ausgang der Wahlen, die mit der Preisentwicklung gewonnen oder verloren würde. In diesen Gesprächen wurde auch erklärt, die Industrie müsse "vor der Wahl Opfer bringen", und ein bewusster Verzicht auf grosse Gewinne in diesem Jahr - dem Wahljahr - würde als Pluspunkt in den zukünftigen Jahren zu werten sein.

Präzedenzfall Kohle

Im Sommer 1957 teilte der Unternehmensverband dem Bundesministerium mit, dass er eine Kohlepreiserhöhung beabsichtige. Darauf wurde Einverständnis darüber erzielt, dass diese Kohlepreiserhöhung erst nach den Wahlen stattfinden solle. Das Bundeswirtschaftsministerium dagegen verkündete laut AP vom 20. 7. 1957, die deutschen Kohlepreise würden z. Zt. nicht diskutiert. Aber am 16. September 1957, einen Tag nach der Wahl, legte der Kohlebergbau dem Bundesministerium die Rechnung mit der Ankündigung vor, dass er nunmehr die vorgesehene Preiserhöhung durchführen werde. Die "Welt" konnte am 21. September 1957 berichten, das Bundeswirtschaftsministerium halte den Zeitpunkt vom 1. 10. so kurz nach den Wahlen für verfrüht. Die Behauptung des Kohlebergbaus, er habe eine entsprechende Zusage des Bundeswirtschaftsministers, dass einer Preiserhöhung nach den Wahlen nichts im Wege stehe, ist unwidersprochen geblieben.

"Dementi" - Schlag ins Wasser

Der Bundeswirtschaftsminister hat hiernach in der Vergangenheit bewiesen, dass er keine Bedenken trägt, vor Wahlen Absprachen solcher Art zu treffen. Der Missbrauch der öffentlichen Macht für derartige wahltaktische Manöver, für die allein die Bundesregierung und die Bundestagsmehrheit die Verantwortung trägt, weckt in breiten Schichten der Bevölkerung Zweifel an der Funktionsfähigkeit unserer Demokratie.

Kurz, scharf, aber fair

Der Vorstand der Sozialdemokratie hat auf seiner ersten Sitzung in diesem Jahre der in der Sylvesterrede des Bundespräsidenten Dr. Lübke an die deutschen demokratischen Parteien gerichteten Aufforderung, den bevorstehenden Bundestagswahlkampf sachlich zu führen, keine Verkettung des Gegners zuzulassen, vorbehaltlos zugestimmt.

Schon auf dem Parteitag in Hannover ist ihr Kanzlerkandidat Willy Brandt für einen kurzen und fairen Wahlkampf eingetreten, eben aus der Sorge heraus, dass die Schwere der in diesem Jahr auf die Bundesrepublik zukommenden Entscheidungen eine Selbstzerfleischung der jungen deutschen Demokratie von selbst verbietet. Nur die Ulbrichtleute zögen daraus Gewinn. Ihnen leistet Schützenhilfe, wer sich diesem Appell versagt. Man weiss, dass Pankow umfassende Vorbereitungen trifft, um mit Schmutz und Verleumdungen im Wahlkampf einzugreifen. Der Diktator Mitteldeutschlands, Werkzeug einer fremden Staatsmacht, geht auf die Zerstörung des inneren Zusammenhaltes der deutschen Nation aus. Ihm schwebt das Beispiel der Weimarer Republik vor, in der die demokratischen Parteien den Weg zueinander nicht fanden und dann dem Ansturm der Verderber des deutschen Volkes unterlagen. Nur sollen es diesmal nach Ulbrichts Wunsche die Kommunisten sein, die das Erbe einer sich zerfleischenden und deshalb ohnmächtigen Demokratie antreten...

Es liegt an den grossen demokratischen Parteien in der Bundesrepublik, diese Hoffnung Pankows zunichtezumachen. Alle verbindet das Bekenntnis zum Grundgesetz und die Verpflichtung, die Grundlagen unseres Staates so zu festigen, dass sie auch schweren Stürmen standhalten können. Ohne eine gemeinsame politische Arbeit aller auf dem Boden des Grundgesetzes stehenden Deutschen lässt sich der Auftrag nicht erfüllen, der allen aufgegeben ist: zu der äusseren Spaltung unseres Vaterlandes nicht noch eine zweite innere Spaltung in der Bundesrepublik hinzuzufügen. Damit wäre wohl allen Hoffnungen der Bevölkerung Mitteldeutschlands auf eine Wiedervereinigung in gesicherter Freiheit der Todesstoß versetzt. Wer darf, wer will das verantworten?

Die lebensnotwendige Besinnung auf gemeinsame Grundlagen und gemeinsame Verpflichtungen schliesst harte Auseinandersetzung zwischen den staatstragenden Parteien - und auch die Opposition trägt mit dem Staat - um den richtigen Weg der deutschen Politik nicht aus. Darin erweist sich die Stärke einer Demokratie. Die angelsächsischen und skandinavischen Völker können uns hier wohl ein Vorbild sein. Dort kennt man nicht die Verkettung des politischen Gegner, seine Abstempelung zum Feind der Nation - man sieht in ihm immer noch den Weggenossen im Ringen um die beste Lösung der Lebensfragen der Nation.

Stolze Erfolgsbilanz

Unaufhaltsamer Vormarsch der skandinavischen Sozialdemokratie Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Als die sozialdemokratischen Parteien der nordischen Staaten am Jahreswechsel 1960/61 Bilanz zogen, da kamen sie zu einem mehr als erfreulichen Ergebnis: noch niemals in ihrer Geschichte waren die Sozialdemokraten in Skandinavien so stark. Ohne Zweifel gehen sie weiterhin einer sicheren Zukunft entgegen, gestützt auf zahlreichere und jüngere Wählermassen als jemals zuvor. Einzig in Finnland klagt die Partei über die verhängnisvolle Zersplitterung: sollte diese eines Tages überwunden werden können, dann ist auch in diesem Land wieder die grösste Partei die Sozialdemokratie.

Schweden

In Schweden war der Höhepunkt des vergangenen Jahres die 100. Jahrestagfeier des ersten sozialdemokratischen Ministerpräsidenten, Nobelpreisträgers und legendären Arbeiterführers Hjalmar Branting, der über alle Parteigrenzen hinweg als führende Gestalt der schwedischen Demokratie gefeiert wurde. Kein besseres Geburtstagsgeschenk konnte Branting wohl zuteil werden, als die erneute Bestätigung der sozialdemokratischen Regierungspartei in ihrem Amte. Nach 28-jähriger faktisch ununterbrochener Regierungszeit wurde Tage Erlanders Partei, trotz starker Anstrengungen der bürgerlichen Oppositionsparteien, in den Septemberwahlen zum Unterhaus, der zweiten Kammer, erneut zur alleinigen Regierungspartei bestimmt. Mit 114 Mandaten zieht die Sozialdemokratie Mitte Januar 1961 in den neugebildeten Reichstag ein. Bei einem Stimmengewinn von 256 270 überschritt die Partei erstmalig die Zwei-Millionen-Wähler-Grenze, total wurden 2 032 937 Stimmen für sie abgegeben.

Was der Parteiführung in Schweden Anlass zur besonderen Freude gab war die Tatsache, dass sich der weitaus grösste Teil der Jungwähler für die Sozialdemokratie entschieden hat. Sollte Ministerpräsident und Parteichef Tage Erlander die kommenden vier Jahre in seinem Amte bleiben -woran kaum zu zweifeln ist- dann wird er als der am längsten regierende Regierungschef Schwedens in die Geschichte eingehen. Der eindeutige Wahlsieg hat die Weichen für die Zukunft des Landes gestellt: die aussenpolitische Linie der strikten Neutralität zwischen den Machtblöcken soll genau so fortgesetzt werden, wie die segensreiche Sozialpolitik, die den Bürgern des Landes Wohlstand und Wohlfahrt garantieren. Mahziele der Partei sind: die Einführung der 40-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich und die Garantierung des vierwöchigen bezahlten Urlaubs für alle Arbeitnehmer.

Dänemark

Aus den Folketings-Wahlen im Herbst 1960 ging die Sozialdemokratie als die mit Abstand grösste Partei des Landes hervor. Sie wurde, wie es Ministerpräsident Viggo Kampman scherzhaft ausdrückte,

'zum Millionär', da erstmalig in der dänischen Parlamentsgeschichte über eine Million Wähler ihre Stimme für die Sozialdemokratie abgegeben hatten. Dieser Erfolg wiegt um so schwerer, als die bürgerlichen Oppositionsparteien mit aller Macht einen Regimewechsel herbeiführen wollten und sich zu diesem Zweck die beiden führenden Gruppen zu einem Aktionsverband zusammenschlossen.

Der Anteil der sozialdemokratischen Wählerschaft in Dänemark stieg von 39,4 % der abgegebenen Stimmen auf die Rekordziffer von 42,1 %. Auf weitere vier Jahre zieht die Regierungspartei - gestützt auf den kleinen Koalitionspartner der Liberalen - in den Folketinget ein. 'Macht gute Zeiten besser - wählt Sozialdemokratie', dieser Satz aus dem Wahlkampf findet in der überdurchschnittlich günstigen wirtschaftlichen Entwicklung des Landes in den vergangenen Jahren sozialdemokratischer Regierungszeit eine deutliche Bestätigung.

Finnland

In Finnland leidet die Sozialdemokratie nach der Abspaltung des linken Flügels nach wie vor unter der Spaltung; nur durch diese Tatsache bedingt wurde es möglich, dass die Partei aus den Kommunalwahlen im Oktober nicht als stärkste Gruppierung des Landes hervorging. Trotzdem gibt es positive Anzeichen: die Partei konnte 22 Prozent der gültigen Stimmen auf sich vereinigen - total 406 000 Stimmen bei 2,7 Millionen Wahlberechtigten und acht Parteigruppen - sie ist mit 2289 Mandaten in den Kommunalparlamenten vertreten. Noch erfreulicher ist es vielleicht, dass die sogenannte sozialdemokratische Opposition, die Linksextremen, nur 63 000 Stimmen und 230 Mandate machen konnten, woraus hervorgeht, dass sich 87 Prozent der sozialdemokratischen Wähler für die Mutterpartei entschieden und nur 13 Prozent den Linksextremen folgten, die nur 2,9 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnten.

Norwegen

Das wichtigste politische Ereignis innerhalb der Sozialdemokratie Norwegens, die sich nun für Stortingswahlen im September dieses Jahres rüstet, war die Festigung der politischen Linie in den eigenen Reihen. Vor allem distanzierte man sich von einer zahlenmäßig kleinen Gruppe von Linksabweichlern, die unter der Bezeichnung 'Orientierungsgruppe' manchen Schaden für die Partei anrichtete. Das klar ausgesprochene Bekenntnis zum Westen und zu Berlin, das auch in vergangenen Jahr mehrfach aus herufenem Munde im Parlament zu Oslo ausgesprochen wurde, ist ein besonders erfreuliches Anzeichen. Da die Mehrheitsverhältnisse in Norwegen klar zugunsten der Sozialdemokratie entscheiden, darf man nicht daran zweifeln, dass die Sozialdemokratie in Norwegen in diesem Jahre erneut als klarer Sieger und dominierende Partei des Landes aus den Stortingswahlen hervorgehen werden.

In Skandinavien gehört die Zukunft der Sozialdemokratie - daran wagt niemand nach dem erfolgreichen Jahr 1960 zu zweifeln.

"Sittliche Verfehlungen"

Tötung von 56 Kindern "objektiv gegeben"

ne- Kiel

16 Jahre nach Kriegsende rollen jetzt die Gesundheitsbehörden in Hamburg und Schleswig-Holstein die Frage auf, ob Ärzte weiterhin praktizieren dürfen, die an der nationalsozialistischen Kindereuthanasie beteiligt waren, auch dann, wenn die Gerichte es abgelehnt haben, sie wegen der damaligen Taten anzuklagen.

Kinderärzte...

Die Hamburger Gesundheitsbehörde und das Schleswig-Holsteinische Innenministerium haben mitgeteilt, dass jetzt mit der Untersuchung von acht Ärzten begonnen worden ist, die beschuldigt worden sind, unter den Nationalsozialisten im Kinderkrankenhaus Hamburg-Rothenburgsort 56 geisteskranke Kinder getötet zu haben. Die Untersuchungen in Schleswig-Holstein erstrecken sich auf den früheren Direktor der Universitätskinderklinik in Kiel, den Professor Catel, und auf die in Eckernförde praktizierende Kinderärztin Dr. Emma Lüthje. In Hamburg wird gegen sechs Ärzte ermittelt, darunter ein praktizierender Kinderarzt.

Ausgangspunkt für die so späten Feststellungen bildet der § 5 der Reichsärzteordnung von 1935, wonach die ärztliche Bestattung zurückzunehmen ist, wenn eine schwere strafrechtliche oder sittliche Verfehlung eines Arztes erwiesen ist. Da die erste Strafkammer des Hamburger Landgerichts in einem viel kritisierten Urteil am 19. April 1949 die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen 18 im Rothenburgsort-Komplex angeschuldigte Ärzte angelehnt hatte, müssen die Gesundheitsbehörden ihren Approbationsentzug jetzt auf den Begriff "sittliche Verfehlungen" abstellen.

"Unrechtsbewusstsein" fehlte

Nach Ansicht der Gesundheitsbehörden wird dieses Argument aber zum Approbationsentzug ausreichen, weil die Strafkammer damals die Tötung der 56 Kinder als "objektiv gegeben" bestätigt hatte. Die Kammer war nur zu der Erkenntnis gekommen, dass den Angeklagten subjektiv das Unrechtsbewusstsein für ihre Handlungen gefehlt habe (obgleich der Bundesgerichtshof in einem Grundsatzurteil festgestellt

hat, dass ein fehlendes Unrechtsbewusstsein nur dann zugebilligt werden kann, wenn der Beschuldigte auch "bei schärfster Anspannung seines Gewissens" nicht zu der Erkenntnis kam, Unrecht begangen zu haben). Bei Ärzten hat im Zusammenhang hiermit auch der hippokratische Eid noch eine Bedeutung, der ja davon ausgeht, dass grundsätzlich jedes menschliche Leben zu schützen ist.

Fundschriften...

Es sollte hinzugefügt werden, dass es der heute in New York lebende Professor Degkwitz war, der sich in Anzeigen an die Regierungschefs zu Hamburg und Kiel darüber empörte, dass der Professor Catel es wieder bis zum Direktor einer Universitätskinderklinik und Ordinarius für Kinderheilkunde bringen konnte. Der Anstoß kam also von einem Privatmann, der damals in Hamburg das Grauen der Kindertötung miterlebte, ohne beteiligt gewesen zu sein.

Ebenfalls sollte aber auch gesagt werden, dass es im Grunde die Verhaltensweise des Kieler Professors Catel war, die die Behörden jetzt veranlasst hat, den ganzen Fall unter dem Blickwinkel der Approbation neu aufzurollen. Hätte Catel sich nach der ersten Anzeige von Degkwitz still als Privatmann -er ist ja schon 66 Jahre alt und mit guter Pension versehen- zurückgezogen, dann wäre vermutlich nichts weiter erfolgt. Stattdessen verschickte der emeritierte Professor in grosser Zahl Fundschriften, in denen er aufforderte, man möge ihn jetzt doch in der Praxis seiner Privatwohnung aufsuchen.

* * *
Lenkt Schröder ein ?

sp- Dem berüchtigten Gesetzentwurf des Bundesinnenministers Schröder über die Ein- und Ausreisebestimmungen ist keine lange Lebensdauer beschieden. Nicht aus eigener Einsicht, wohl aber unter dem Druck einer wachsam-kritischen öffentlichen Meinung hat nun Schröder vor dem Vorstand der CDU-Bundestagsfraktion selbst zugeben müssen, dass sein Entwurf und die Begründung dazu nicht haltbar seien. Das hätte der Bundesinnenminister eigentlich schon früher erkennen müssen er hätte diesen Wechselbalg überhaupt nicht aus der Schublade herauslassen dürfen. Aber ihn hatte der Hafer gestochen, er wollte mit seinem Gesetzentwurf weniger die Agenten Überichts als vielmehr die Opposition treffen. Das geht aber nicht, dagegen lehnte sich die öffentliche Meinung auf. Schröders Rückzieher war unvermeidlich.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel